

Großes Interesse bei BN-Diskussionsveranstaltung: Kritik an neuer Ölsuche bei Augsburg

Schwabmünchen: Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Kreisgruppe Augsburg des BUND Naturschutz (BN) wurde die geplante Ausweitung der Ölsuche und -förderung bei Schwabmünchen/Großaitingen scharf kritisiert und ein Stopp des Ausbaus fossiler Projekte in der Region gefordert. Angesichts der Klimakrise sei es nicht verantwortbar, weitere Ölbohrungen voranzutreiben. Stattdessen müsse die Politik konsequent in erneuerbare Energien investieren und den Ausstieg aus fossilen Energieträgern beschleunigen.

Der BUND Naturschutz (BN) hat gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie politischen Vertreterinnen eine gut besuchte Informations- und Diskussionsveranstaltung zu geplanten Ölprojekten im Talgrund der Wertach bei Schwabmünchen/Großaitingen durchgeführt. Im Fokus standen die kürzlich erteilte Aufsuchungserlaubnis für ein neues Gebiet sowie mögliche weitere Ölbohrungen in der Region.

An der Veranstaltung beteiligten sich unter anderem die **Bundestagsabgeordnete Lisa Badum** (klimapolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen) und die **Landtagsabgeordnete Anna Rasehorn** (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD und Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz und Umwelt). Beide ordneten die Vorhaben in die energie- und klimapolitische Lage ein und stellten sich den Fragen der Anwesenden. Deutlich wurde dabei, dass neue fossile Projekte zunehmend im Widerspruch zu den Klimazielen stehen. Zudem kam Sorge auf, dass die zum Abtransport des Öls geplante Feldleitung das Trinkwasserschutzgebiet der Gemeinde Großaitingen gefährden könnte.

Der BUND Naturschutz kritisierte, dass trotz klarer wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterhin in fossile Infrastruktur investiert werde. Stattdessen brauche es konsequente Maßnahmen für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Energieversorgung.

„Die Klimakrise wird immer deutlicher – über 4000 Hitzetote allein durch die Hitzewelle Ende Juni zeigen, wie ernst die Lage ist. Erdöl ist in Bayern nach wie vor der am meisten genutzte fossile Energieträger und trägt damit erheblich zur Erderhitzung bei. Wer jetzt neue Ölbohrungen vorantreibt, verschärft dieses Problem weiter. Wir müssen so schnell wie möglich aus den fossilen Energien aussteigen und unsere Ressourcen konsequent in die Energiewende investieren – alles andere ist ein Schritt in die falsche Richtung“, erklärte Peter Roth, Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Augsburg.

Die Bundestagsabgeordnete Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte insbesondere die Energiepolitik der Bundesregierung:

„In einer Zeit immer neuer Hitzerekorde brauchen wir keine neuen Ölbohrungen vor der Haustür, sondern die Gewissheit, dass Klima, Natur und Trinkwasser geschützt werden. Es ist absurd, dass Katherina Reiche und Hubert Aiwanger ausgerechnet jetzt neue fossile Projekte vorantreiben. Wer heute noch nach neuem Öl bohrt, investiert in immer neue Krisen statt in eine sichere und günstige Energieversorgung. Die Zukunft liegt in sauberen erneuerbaren Energien und nicht darin, fossilen Konzernen weiter zu erlauben, Profite auf unsere Kosten zu machen.“

Die vergleichsweise geringe Menge, die aus der neuen Ölbohrstelle gefördert würde, könne durch verstärkte Sparmaßnahmen wie etwa Tempolimit, Wärmepumpen und Elektromobilität mehr als ausgeglichen werden. Zudem habe sich die EU im Zollstreit mit den USA zur Abnahme riesiger Ölmengen verpflichtet, die den derzeitigen Bedarf weit überstiegen.

Doch auch die bayerische Staatsregierung trägt hier eine zentrale Verantwortung, wie Anna Rasehorn, Landtagsabgeordnete der SPD, ausführte:

"Bayern begnügt sich bei Erdöl mit einer Förderabgabe von mageren 5 Prozent des Marktwerts. Und selbst diese geringe Abgabe ist löchrig wie ein Schweizer Käse: Die Unternehmen dürfen die Kosten für Abtransport, Aufbereitung, Lagerung und Versand des Erdöls von der zu leistenden Abgabe abziehen. Wer das erlaubt, verschenkt die Bodenschätze des Freistaats an die Ölindustrie — auf Kosten der Allgemeinheit, die die Risiken trägt. Keine effektive Förderabgabe zu erheben ist eine indirekte Förderung fossiler Energien. Die Staatsregierung muss das endlich beenden und den Fuß beim Thema erneuerbare Energien von der Bremse nehmen.“

Der BUND Naturschutz kündigte an, die Entwicklungen vor Ort weiterhin kritisch zu begleiten und sich gemeinsam mit der Bevölkerung für den Schutz von Klima, Natur und Wasser einzusetzen.